

LUDWIG WATZAL

Das Fremde und der
Nationalstaat

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik wieder ein völlig normaler und souveräner Staat geworden ist, muß sie sich mit einer Frage auseinandersetzen, die viele für längst erledigt gehalten hatten: Wie hältst du es mit dem Nationalstaat? Mit dem 3. Oktober 1990 ist nun jedem klargeworden, daß Deutschland wieder eine vollwertige Nation mit allen daraus resultierenden internationalen Rechten und Pflichten geworden ist. Dies zeigt die anhaltende Diskussion innerhalb der politischen Klasse über eventuelle Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO, wofür die Regierung eintritt, oder in Blauhelmsverbänden, wie es die Opposition fordert. Ein Lavieren und Jonglieren mit dem Grundgesetz, wie dies Hans-Dietrich Genscher fast zwei Jahrzehnte der Weltöffentlichkeit vorgeführt hat, findet offenbar unter Klaus Kinkel nicht mehr statt. Die Republik hat dem Genscherismus ade gesagt.

Die Umwälzungen, die durch den Zusammenbruch des Kommunismus in der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten vortraten gegangen sind, haben zu einer Wiederbelebung nationalstaatlichen Denkens geführt. Eine der Hypothesen des totalitären Kommunismus liegt just in der Wiederentdeckung der Nation und damit verbunden des Nationalismus. Der kommunistische Internationalismus als Gegengewicht zum Nationalismus hat nicht



Flüchtlinge in Karlovac (Kroatien)

Foto: JOKER/Lutz Schmidt

zum Verschwinden des letzteren geführt, sondern im Gegenteil diesen auf dem Stand der Vorkriegszeit konserviert. Diese Staaten können sich nur auf ihr geschichtlich-nationales Erbe besinnen, da der Kommunismus ein geistiges Vakuum hinterlassen hat. Worauf könnten sie auch sonst stolz sein?

Deutscherseits befürchtet man, daß der osteuropäische Nationalismus zu verhängnisvollen Rückwirkungen im Westen führen kann. Für noch gefährlicher hält Peter Glotz »die Verlockung für die nationalen Kräfte der liberalkonservativen Parteien«. Die Delegitimierung des Nationalismus im Europa der Nachkriegszeit werde aufgegeben. Er hält den Nationalstaat grundsätzlich für einen »Irrweg«. Liegen somit im Nationalstaat die Wurzeln für einen überzogenen Nationalismus, der zu Ereignissen führen kann, wie sie Deutschland in der Zeit von 1933 bis 1945 erlebt hat? Ist der Nationalstaat per se fremdenfeindlich? Kann deshalb die Alternative nur heißen: Nationalstaat oder multikulturelle Gesellschaft? Oder sollte Deutschland im europäischen Einheitsbrei aufgehen? Die Einheit Europas kann und wird sich aber nur in der Vielheit verwirklichen lassen.

Deutschland steht also vor der Grundsatzentscheidung, ob es sich als traditioneller Nationalstaat, als multikulturelle Gesellschaft oder als ein identitätsloses Konglomerat von

Regionen begreifen will. Davon hängt ab, wie es mit dem Fremden umgehen wird.

Im Gegensatz zu modernen Verfassungsstaaten grenzen Nationen im traditionellen Sinne das Fremde aus, um dadurch ihre Identität hervorzuheben. Die Betonung der nationalen Identität – in seiner nationalstaatlichen Variante – ist aber eine rückwärtsgewandte, provinzielle Konzeption und versperrt den Weg für reichere Formen des Zusammenlebens. Dies heißt jedoch nicht, daß der Nationalstaat per definitionem fremdenfeindlich oder rassistisch wäre.

Im Gegensatz zur liberalen Demokratie gelten im traditionellen Nationalstaatsdenken nur die Angehörigen einer Nation als vollberechtigte Staatsbürger. Denn in der Vorstellungswelt des Nationalismus kann die Menschheit keine Einheit bilden; weltweite Solidarität ist ihm fremd. Nationen mit einem solchen Verständnis versuchen, ihre Identität wissenschaftlich zu begründen. Sie konstruieren eine nationale Geschichte, die die Schattenseiten der Nation versucht wegzuerklären. Durch eine solche Geschichtsklitterung verarmt die kulturelle und ethnische Vielfalt einer Nation.

Keiner der modernen Nationalstaaten leitet seine Identität von einem multikulturellen Konzept ab. Oder ist gerade ein Vielvölkerstaat wie Jugoslawien oder die Sowjetunion, die ja ein

multikultureller Verband sein wollten, ein Beispiel dafür, daß verschiedene Völker nicht in einem multikulturellen Gemeinwesen zusammenleben können? Seit der Oktober-Revolution von 1917 und seit der Gründung Jugoslawiens fühlten sich die verschiedenen Völker (Nationen?) in diesen Zwangsverbänden als Fremde. Können die USA als Beispiel für eine harmonische multikulturelle Gesellschaft dienen? Ist somit das Konzept der Nation ein auslaufendes Modell? Es stellt sich also die Frage, wie der Nationalstaat, wie wir mit dem Fremden in Zukunft umgehen wollen?

Das Fremde in Vergangenheit und Gegenwart

Hat in unserer postmodernen Gesellschaft das Fremde ausgespielt? Kommt es in der Gestalt des Schreckens daher? Ist es der andere, der nicht so ist wie wir und den wir deshalb als Bedrohung empfinden? Durch den Drang, alles beherrschbar und kontrollierbar zu machen, wird Fremdes in seinem Kern getroffen. Denn die Moderne wehrt sich gegen alles, was nicht kontrollierbar erscheint; es erfährt eine *Entzauberung*. Alles soll verstanden werden; nichts darf mehr fremd sein. Alles wird auf seine Nützlichkeit hin abgeklopft oder auf das Maß der Durchschnittlichkeit nivelliert. Das Verstehenwerden wird für das Fremde buchstäblich zum Verhängnis, schreibt Marianne Gronemeyer. Widersetzt sich das Fremde diesem Druck, wird es beiseite geschoben, ignoriert, unterdrückt oder schlimmstenfalls vernichtet. Leider hat das letztere zu häufig in der Geschichte stattgefunden.

Fremdenfeindlichkeit scheint kein typisches Charakteristikum des Nationalstaates zu sein. So wurde in der Geschichte – basierend auf religiöser und profaner Ideologie – das Fremde oft unterdrückt und ausgerottet. Die vielfältigen Judenpogrome vom Mittelalter bis in die jüngste Zeit hinein sind dafür beredtes Beispiel. So erfolgte die Vertreibung der sephardischen Juden aus Spanien 1492 *im Namen Christi*, oder die Ausrottung der Urbevölkerung Lateinamerikas – deren 500. Jahrestag wir 1992 beginnen – geschah im Zeichen des Kreuzes. Auch die Indianer Nordamerikas wurden im Namen des Fortschritts ausgerottet, und die versprengten Reste wurden marginalisiert und in Reservate verbannt, in der die *Zivilisation*, sprich Alkohol und Prostitution, ihren Tribut fordern.

Auch Deutschland ging in seiner Geschichte nicht zimperlich mit seinen Fremden um. So verschoben sich die Gewichte durch die Ost-West-Wanderung in den achtziger Jahren des

letzten Jahrhunderts zugunsten der Polen. Dies widersprach dem nationalstaatlichen Konzept der Eindeutschung. In patriotischen Kreisen begann man, vor der Gefahr der »Überschwemmung durch das Slawentum« zu sprechen. Der Gedanke der inneren Kolonisation beschäftigte auch den national-liberalen Parteikongreß des Jahres 1885. Bismarck gab am 22. Februar 1885 die Weisung an das preußische Innenministerium, den »eingerissenen Übelständen« mit Ausweisungen zu begegnen. Die im Juli 1885 erfolgte Ausweisung der Polen stellte eine erhebliche Verschärfung der preußischen Polenpolitik dar. Sie trug den Charakter einer nationalistischen Bevölkerungspolitik mit dem Ziel der Zurückdrängung des Polentums. Die Massenabschiebung dauerte bis Ende 1887 an; in diesen zwei Jahren wurden 25 914 Polen ausgewiesen.

Polen drehte aber 1920 den Spieß um und diskriminierte seinerseits die deutsche Minderheit in Polen. Obwohl Polen den Minderheitenschutzvertrag unterzeichnen mußte, ließ er der Regierung genügend Möglichkeiten offen, gegen die Deutschen administrativ vorzugehen. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Boykott war eine wirksame Waffe gegen deutsche Unternehmer und Kaufleute, sich von ihren Organisationen des Deutschtums zu distanzieren.

Zum Exzeß kam es unter dem Nationalsozialismus. Der nationalsozialistische Rassenwahn degradierte die Polen zur »minderwertigen Rasse«. Nach dieser ideologischen Einschätzung war es nur konsequent, daß dieses »minderwertige« Volk dem »höherwertigen« Platz zu machen habe. Hitlers Politik hatte nicht Assimilation, sondern Ausrottung zum Ziel. So wurde die polnische Oberschicht liquidiert. Die technisch perfektionierte Vernichtung der Juden, »Zigeuner« (Sinti und Roma), Slawen, Homosexueller und anderen »unwerten Lebens« stellt den Gipfel des Verbrechens dar, zu dem ein Staat überhaupt fähig sein kann. Nur der stalinistische Terror konnte sich mit dieser Tötungsmaschinerie noch messen. Hitlers industriell betriebener Massenmord stellt bisher in der Geschichte ein singuläres Ereignis dar. Dieses Faktum läßt sich durch keinerlei Analogie oder sonstige These – wie der Antibolschewismus sei primär, der Antisemitismus sekundär in Hitlers Denken gewesen (E. Nolte) – aus der Welt schaffen.

Die Ereignisse von Hoyerswerda, Rostock, Quedlinburg, Mölln und anderen Orten in der Republik rufen Erinnerungen wach, die die Geister der Vergangenheit plötzlich wieder real erscheinen lassen. Hinzu kommt das latent rechtsradikale Bewußtsein in Teilen der alten

Bundesrepublik, das durch die Vereinigung mit der in ihrem Wesen autoritären DDR ein Momentum erreicht hat, das noch zunehmen wird. Die Werte und Tugenden des Preußentums wurden von der SED in sozialistischer Verbrämung intensiv gepflegt und mißbraucht. Daß sie in der Ex-DDR nicht ausgelebt werden konnten, lag am totalitären Charakter des Regimes. Es besiedelte seine Untertanen 40 Jahre lang mit einem Feindbild, das alles nichtsozialistische als *Klassenfeind* stigmatisierte. Diese Feindpropaganda trägt jetzt »reiche« Frucht. In Freiheit zeigt sich nun, daß der verordnete Antifaschismus ein propagandistischer Popanz war, unter dessen Oberfläche die Vorurteile gedeihen konnten. Diese Vorurteile entladen sich jetzt – bedingt durch eine ökonomische Marginalisierung weiter Teile der Bevölkerung – in purem Neid auf solche Personen, die als Asylbewerber von der mageren Sozialhilfe existieren müssen und als Bedrohung der eigenen Existenz erfahren werden.

Darüber hinaus wird den Fremden das Leben in Deutschland schwermgemacht. Sie werden als Wirtschaftsflüchtlinge, Scheinasylanten oder als Asylantenschwemme diffamiert. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber diesen Menschen, die die Not nach Deutschland treibt, ist sehr begrenzt. Etwas besser werden dagegen die Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Rumänien oder jetzt die Kriegsflüchtlinge aus Bosnien behandelt. Die Hilfsbereitschaft ihnen gegenüber ist groß.

Selbst die sogenannten modernen Industriestaaten sind nicht frei von Diskriminierungen gegenüber Fremden. Auch der Antisemitismus scheint dort wieder salonfähig zu werden. Zunehmend werden Ausländerfeindlichkeit und antisemitische Ressentiments von rechtsradikalen Gruppierungen geschürt, die auch wieder in einzelnen Landesparlamenten vertreten sind. In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und in Polen macht sich ein offener Antisemitismus breit.

Die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa hat in Westeuropa zu einer psychisch labilen Lage geführt, die die Andersartigkeit als Bedrohung ihrer eigenen Existenz erfahren. Fremdes wird nicht so sehr als Bedrohung der Eigenart wahrgenommen, sondern vielmehr als Bedrohung des Eigentums. Diese Situation zeigt dem »modernen Menschen«, der sich von einer Zivilisationsstufe bedroht fühlt, die ihm vor Augen führt, daß sozialer Abstieg auch ihn bedrohen kann. Eine solche soziale Deklassierung läßt sich in vielen deutschen Großstädten beobachten. Wenn z. B. ein Facharbeiter mit Familie in München oder Frankfurt feststellen muß, daß

er mit seinem Einkommen nicht mehr auskommt, aber auf der anderen Seite eine Aussiedlerfamilie mit allen sozialen Zuwendungen relativ gesättigt leben kann, darf es nicht verwundern, daß dies zu Haß und Neid führt.

Die Zukunft des Nationalstaats

Wie soll nun Deutschland mit seinen fremden Minderheiten umgehen? Welches soll die staatliche Organisationsform der Zukunft sein? Die neuentstandenen Nationalstaaten im ehemaligen Ostblock und in der Dritten Welt betrachten ihre Existenz als sakrosankt. Der Nationalstaat erlebt eine Renaissance und ist ein nicht wegzudiskutierendes Faktum. Nur in Westeuropa schicken sich die Politiker an, durch die europäische Integration den Nationalstaat für obsolet zu erklären. Oder deutet sich in diesem Prozeß eine Trendwende an? In Dänemark hat sich in einer Volksabstimmung die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Verträge von Maastricht ausgesprochen. Frankreich dagegen hat sich mit nur knapp 51 % für das Vertragswerk entschieden. Es scheint, als habe man die Schraube der Integration überdreht. Regionale Interessen treten immer stärker in den Vordergrund, die aber kurioserweise als Organisationsform den Nationalstaat voraussetzen. Aus Osteuropa und den Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) wird die ethnische Karte gespielt. Daraus könnte die Gefahr des völkischen Nationalismus erwachsen. Diese Entwicklung scheint dem westeuropäisch geprägten *homo oeconomicus* völlig unverständlich und irrational.

Was aber bedeutet der traditionell ethnisch orientierte Nationalismus für die Bundesrepublik Deutschland? In der Präambel wurde das »Gesamte Deutsche Volk« aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit in Freiheit zu vollenden. Diese Aufforderung hätten sich alle Deutschschweizer, Deutschösterreicher oder alle Deutschen außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik zu eigen machen müssen. Wer ist aber Deutscher? Nach Art. 116 Grundgesetz haben solche Personen Anspruch auf deutsche Staatsbürgerschaft, die die deutsche Staatsangehörigkeit schon besitzen, für die Nachkommen, die im Gebiet des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937 Ansässigen sowie Flüchtlinge oder Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit. Was aber deutsche Volkszugehörigkeit ist, läßt sich nicht eindeutig bestimmen. Ist es derjenige, der in der dritten oder vierten Generation in Rußland oder Osteuropa oder gar in den USA oder Lateinamerika lebt und der deutschen Sprache nicht mehr mächtig ist?

Durch die Zuwanderung von ca. sechs Millionen Ausländern läßt sich wohl ein ethnisch homogener Staat der Deutschen nicht mehr aufrechterhalten, obwohl sich die Bundesrepublik nach wie vor als ein Nicht-Einwanderungsland versteht. Da die Bevölkerung der alten Bundesrepublik bis zum Jahre 2035 auf 35 Mio. sinken wird, muß dieser Trend durch eine gezielte Einwanderung ins Gegenteil verkehrt werden. Dazu bedarf es aber eines Einwanderungsgesetzes, das die Einwanderung regelt und quotiert. Hinzu kommt noch eine Veränderung des Staatsverständnisses. Es gilt, Abschied zu nehmen von völkisch-nationalen Postulaten, die, durch die Wiedervereinigung bedingt, den nationalistischen Kreisen wieder Auftrieb geben. Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit hat aber ihre Ursachen nicht primär in völkischen Vorstellungen, sondern ist wirtschaftlich, sozial und psychologisch bedingt.

Die richtige Handhabung der Einigung Europas könnte die Chance beinhalten, den alten Nationalismus zu überwinden. Deshalb muß das westliche Europa offen und liberal gegenüber Osteuropa sein, um dem virulenten Nationalismus die Spitze zu nehmen. Polen, Ungarn und die CSFR müssen in die EG aufgenommen werden. Dies bedarf aber enormer finanzieller Mittel. Sind die Europäer dafür zu gewinnen? Bei dieser Aufgabe handelt es sich um ein zentrales Anliegen Europas. Mit den anderen Staaten sind Assoziationsabkommen zu schließen.

Wie wird die Zukunft des Nationalstaats aussehen? Die politische Union Europas ist in Maastricht bereits gescheitert. Die Einbettung Deutschlands in ein supranationales Europa wird immer unwahrscheinlicher. Die Deutschen und viele Europäer beginnen, an Europa zu zweifeln. Nach einer Allensbach-Umfrage ist die deutsche Bevölkerung von einer Europa-Begeisterung weit entfernt.

Der Nationalstaat hat auch in Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen. Er wird wahrscheinlich die normale Erscheinungsform sein, in der sich die Unabhängigkeit eines Volkes materialisiert. Die Wiederbelebung des Nationalstaats im Osten wird auch auf den Westen nicht ohne Konsequenz bleiben. Der Stimmungsumschwung gegen eine weitere Integration in die EG hat hier seine tieferen Wurzeln. Das Zeitalter des Nationalstaats ist also noch nicht zu Ende, was zu Ende gegangen ist, ist der sich souverän, selbstherrlich und fremdenfeindlich dünkende Nationalstaat.

Die Glotzsche These vom Epochenbruch von 1989 und der daraus resultierenden Forderung nach einem neuen Europa-Konzept ist von der

politischen Elite in Deutschland noch nicht hinreichend perzipiert worden. Genau das Gegenteil ist geschehen. Im Vertrag von Maastricht wird ein Status quo festgeschrieben, der sich gegen die Staaten Osteuropas richtet. Durch die beabsichtigte Währungsunion wird diesen Ländern der Zugang zur EG auf Jahrzehnte hinaus versperrt. Wenn die politische Klasse von Europa spricht, meint sie immer noch Westeuropa, aber ein solches Europa sollte es nicht mehr geben. Aus Sicherheitsgründen muß Europa vom Atlantik bis zum Ural reichen. Nach den Umbrüchen in Osteuropa hätte es ein Moratorium in bezug auf die Weiterführung der westeuropäischen Integration geben müssen. Doch die Politiker verfahren nach dem einfallslosen Motto: »Weiter so!«

Die Eurokraten in Brüssel und die Europaideologen in den europäischen Hauptstädten haben es bis heute nicht vermocht, den Bürgern eine Art Zugehörigkeitserfahrung und Bejahung Europas zu vermitteln. Solange den Menschen nicht deutlich gemacht wird, daß sie Franzosen, Engländer, Italiener und Deutsche sein sollen und bleiben werden, solange werden und können sie nicht Europäer sein. Jacques Delors Dreisprung: Binnenmarkt, Währungsunion und politische Union wird sich auch deshalb nicht realisieren lassen. Ersterer ist zwar da, aber schon die Währungsunion wird es nicht geben, weil sie die Menschen nicht wollen. Auch die politische Union wird sich nicht so einfach realisieren lassen, da sich keine nationale Regierung »entmannen« wird; damit bleibt das Europäische Parlament ein Ornament, von Supranationalität keine Spur. Warum könnte eine gesamteuropäische Gemeinschaft nicht aus souveränen Nationalstaaten bestehen, die sich zu einer europäischen Freihandelszone mit ökonomisch engen intergouvernementalen Verbindungen entwickeln wird? In einem solchen Gebilde wäre auch für die Staaten Osteuropas sofort Platz. Johannes Gross hat es treffend auf den Punkt gebracht: Nach dem Subsidiaritätsprinzip dürfte es ein einheitliches Europa nicht geben. Dies soll es aber geben, und deshalb muß die politische Grundfigur der zukünftigen europäischen Welt der liberale, multikulturelle Nationalstaat sein, der sich gegenüber dem Fremden offen und tolerant zeigen und in einem größeren Ganzen seine Identität bewahren muß.